

**DER REGIONALRAT  
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

<b>Nr. / Sitzung</b>	StA	VA	<b>78. PA</b>	RR
<b>Datum</b>			<b>18.06.2020</b>	
<b>N I E D E R S C H R I F T</b>				
Düsseldorf, den 25.06.2020				

Ort der Sitzung: Plenarsaal, Bezirksregierung Düsseldorf  
Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 13:00 Uhr  
Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

# Tagesordnung

---

## TOP

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschriften über die 76. Sitzung des Planungsausschusses am 05.12.2019 und die Sondersitzung des Planungsausschusses am 11.11.2019**
3. **Vorstellung des Agglomerationskonzeptes durch Herrn Dr. Reimar Molitor (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Region Köln-Bonn e.V.)**  
Aktueller Sachstand Agglomerationskonzept
4. **Strukturwandel im Rheinischen Revier**
  - a) Fortlaufender Sachstandsbericht der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf
  - b) Vortrag von Herrn Vossen (ZRR – Revierknoten Raum) zur Einbindung des RR
  - c) Benennung von Ansprechpartnern der Regionalratsfraktionen für die von der ZRR eingeführte Steuerungsgruppe PLUS
  - d) Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 der ZRR – Stellungnahme der Bezirksregierung
5. **Regionales Gewerbe und Industrieflächenkonzept für die Planungsregion Düsseldorf**  
hier: Kenntnisnahme
6. **3. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Stadt Monheim (Darstellung eines GIB)**  
hier: Erarbeitungsbeschluss
7. **4. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Stadt Wuppertal (Umwandlung von GIB in ASB-GE und ASB)**  
hier: Erarbeitungsbeschluss
8. **6. Änderung des Regionalplanes (RPD) im Gebiet der Stadt Langenfeld (ASB-Z)**  
hier: Erarbeitungsbeschluss

- 9. Aktueller Stand der Luftreinhaltung nach den Vergleichsverhandlungen beim Oberverwaltungsgericht NRW**
- 10. Bericht über den Stand der Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie: Aktualisierung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikoarten**
- 11. Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – Erarbeitung des 3. Maßnahmenprogramms**  
hier: Berichterstattung
- 12. Informationen der Verwaltung**
- 13. Verschiedenes**

## **TOP 1:        Formalien**

Der Vorsitzende des Planungsausschusses, Herr Hildemann (SPD), begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Vossen von der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, Revierknoten Raum, und Herrn Dr. Reimar Molitor, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Region Köln-Bonn e.V.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Herr Hildemann (SPD) macht auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam, in dem beantragt wird, die Tagesordnung um die Thematik Eyller See zu ergänzen. Allerdings sei der Antrag nicht fristgemäß eingereicht worden. In Absprache mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dieser Tagesordnungspunkt auf die Sitzung im September verschoben. Ungeachtet dieser Tatsache, sei die Verwaltung gebeten worden, unter dem TOP Informationen der Verwaltung einen Sachstandsbericht zu der Thematik zu geben. Herr Hildemann bittet die Fraktionssprecher, der anwesenden Bürgerinitiative im Anschluss der Sitzung für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen. Herr Hildemann erkundigt sich bei CDU-Fraktion, ob ihr Antrag zu TOP 6 unter der Tagesordnung oder unter TOP 6 abgehandelt werden solle.

Herr Papen (CDU) möchte die Thematik inhaltlich besprechen und daher unter TOP 6 behandeln.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) bittet darum, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 6 ebenfalls dementsprechend behandelt wird.

Herr Hildemann (SPD) sichert dies zu.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Frau Regierungspräsidentin Radermacher begrüßt die Anwesenden und informiert über die aktuellen Entwicklungen zur Corona-Pandemie.

**TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 76. Sitzung des Planungsausschusses am 05.12.2019 und die Sondersitzung des Planungsausschusses am 11.11.2019**

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschriften.

**TOP 3: Vorstellung des Agglomerationskonzepts durch Herrn Dr. Reimar Molitor (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Regional Köln-Bonn e.V.)  
Aktueller Sachstand Agglomerationsprogramm**

*Die gezeigte PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.*

Herr Hildemann (SPD) bedankt sich für den Vortrag bei Herrn Dr. Molitor.

Herr Brandts (CDU) lobt den Vortrag und weist darauf hin, dass das Augenmerk auch auf die linksrheinische Seite bis zur holländischen Grenze gerichtet werden sollte.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach der Verbindung zwischen dem Agglomerationskonzept und der Regionalplanung und möchte wissen, wie sich die Spannungsfelder reale Planung und perspektivische, räumliche Konzepte zueinander verhalten.

Herr Thiel (SPD) schließt sich der Aussage von Herrn Brandts an und regt an, für den Raum Düsseldorf ebenfalls ein solches Konzept zu erstellen, um ein Gesamtbild für das Rheinland zu bekommen.

Herr Dr. Molitor antwortet, dass die Entwicklung im Mittelgebirge restriktiv zu Ende sei. Dementsprechend nehme die Drucksituation auf der Rheinschiene ihren natürlichen Weg Richtung Westen. Hier komme die Frage auf, wie der Westen infrastrukturell entwickelt sei. Hier komme der Erschließung der Tagebauumfelder, aber auch mittelfristig der Erschließung der inneren Tagebaue, also der Bezüge zwischen und in Garzweiler und Hambach eine besondere Bedeutung zu. Wenn man sich das Dreieck Aachen – Düsseldorf und Mönchengladbach – Köln sowie Köln über Düren zurück nach Aachen angucke, fehle eine Innerschließung. Wenn man in die Karten guckt, wäre bis 2040 + für den Rhein-Kreis Neuss inklusive Mönchengladbach und Erkelenz der Bereich durchentwickelt, auch in Rücksprache mit der Stadt Düsseldorf. Die Bezüge seien da, auf der Karte käme es visuell aber so rüber, als ob nur der Rhein-Kreis Neuss und der große Bereich rund um Köln und Bonn eingeschlossen seien. Aus seiner Sicht brauche man einen großen GI-Gewerbepark Rheinland, den man gemeinschaftlich im Steuerverbund

betreibt. Die adäquate Größe hierfür finde man in den Tagebauumfeldern, eine Erschließung sei über die S-Bahn-Trassen möglich. Dormagen und die Städte, die an der S-Bahn-Strecke liegen, könnten hiervon profitieren. Auch mit dem Chemieverbund am Rhein, den Häfen, der Logistik und der Verkehrssituation habe man sich befasst.

Zur Frage der Verzahnung mit der Regionalplanung antwortet Herr Dr. Molitor, dass sich das Konzept in Köln, wo man in einer anderen zeitlichen Situation mit dem Regionalplan sei, sehr prägend auswirke. Viele Sachen würden übernommen werden und das Konzept diene als Anlehnung. Planung sei dazu da, etwas zweidimensional zu ordnen. Mittlerweile sei jedoch alles dreidimensional und sehr stark digital statt räumlich. Es fänden Umbauprozesse statt, obwohl kein Raum vorhanden sei. Deswegen bräuchte man eine Idee für Management von Umbau, nicht nur in den Großstrukturen von Tagebauen, sondern auch im Umbau von Infrastrukturen auf Digitalisierungseffekten. Hinzu käme auch das Thema Klimawandel. Die Vorstellung, dass der Bürger in den Regionalplan schaut und danach Bescheid weiß, wo er was bauen darf, sei falsch. Der Regionalplan schaffe Recht und Ordnung, die Aushandlungssituation werde jedoch an Bedeutung gewinnen. Dies werde mit Fördermitteln und Umbausituationen erreicht, was sich für die Politik schwierig gestalte. Er empfiehlt der Politik, sich an den Entwicklungsprinzipien zu orientieren, wodurch Vorhaben sich besser bewerten ließen.

Herr Laakmann (FDP/FW) merkt an, dass in diesem Geschehen verschiedene Akteure unterwegs seien. Er fragt, ob die Region Köln-Bonn e.V. mit der Metropolregion Rheinland im Gespräch sei und wie der Umbau koordiniert wird.

Herr Brügge (CDU) weist darauf hin, dass die Wortmeldungen gezeigt hätten, dass der Regionalrat sich mit dem Agglomerationskonzept intensiver beschäftigen müsse.

In den Erarbeitungsprozessen für den Rhein-Kreis Neuss habe man sich beteiligt, weil der Kreis Bestandteil der Region sei. Man habe sich gefragt, wie man den Kreis an Düsseldorf, Krefeld und seinen Chemiestandort sowie an Mönchengladbach anschließe. Abgesehen von Mönchengladbach, welches nicht Bestandteil der Region Köln-Bonn e.V. sei, sei das komplette Rheinische Revier Bestandteil. Deshalb sei das Konzept als Fachbeitrag handlungsleitend. Er spricht sich dafür aus, ein solches Konzept für die Region des Niederrheines bis an die Grenze der Niederlande zu erstellen.

Herr Dr. Molitor antwortet, dass es ein Wirkgefüge am Rhein gäbe. Die engere Rheinschiene wäre so gut wie fertig. Im Mittelgebirge läge die Umbauaufgabe. Die aktuelle Drucksituation beziehe sich auf Köln bis nach Kall in der Eifel. Die Faktoren Wohnen und Arbeiten seien weiterhin wichtig in dieser Rheinrückgradachse. Man sähe auch eine überlagernde Ellipse an der

Ostseite der Tagebaue, da die Hauptbetroffenheit des Strukturwandels hier gegeben sei, vor allem in Garzweiler und Hambach Ost sowie der energieintensiven Industrie. Hier fänden mittelfristig Flächenumbauprozesse und Belegumbauprozesse statt, die gestützt werden müssten. Diese würden durch höhere Bevölkerung und zusätzliche Arbeit gestützt. Hierauf sollte man sich seiner Auffassung nach fokussieren. Hier müsse die Regionalplanung in den Wirkräumen schauen und eine klare Bestandsorientierung vornehmen, da man mit dem arbeiten müsse, was an Bestand vorhanden ist. Herr Dr. Molitor wünscht sich von der Metropolregion mehr politische Arbeit und dass sie sich als Drehkreuz in Europa versteht.

Herr Hildemann (SPD) bedankt sich noch einmal und freut sich auf den weiteren Austausch in der Zukunft.

Der Planungsausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis

#### **TOP 4:        Strukturwandel im Rheinischen Revier**

##### **a) Fortlaufender Sachstandsbericht der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf**

Es erfolgen keine Nachfragen zum Sachstandsbericht.

Bezüglich des Antrags der CDU-, FDP- und FW-Fraktion merkt Herr Papen (CDU) an, dass es zweifelhaft sei, ob die verschiedenen Ebenen die notwendige Verknüpfungsbearbeitung zwischen mehreren Projekten noch leisten können. Das Thema sei bereits am 12.12.2019 in der Sitzung besprochen worden und seine Fraktion sei der Meinung, dass die Zusammenarbeit der Bezirksregierungen und der Regionalräte über die ZRR erfolgen solle. Doppelarbeiten und –kosten sollten vermieden werden. Man sei nach wie vor der Auffassung, dass der im Dezember einstimmig gefasste Beschluss immer noch sinnvoll sei. Herr Papen bittet um Beschlussfassung hierzu und weist darauf hin, dass die Vorlage dann im Regionalrat aufgerufen werden müsse.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass der letzte Satz neu hinzugefügt worden sei. Der Kölner Regionalrat habe den einstimmigen Beschluss gefasst, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen für ein gemeinsames Raumbild. Herr Krause spricht sich dafür aus, mit dem Kölner Regionalrat ins Gespräch darüber zu gehen, anstatt dessen Vorstellung eines gemeinsamen Konzeptes einfach als erledigt zu betrachten. Die Beweggründe müssten erörtert werden und man solle sich dialogfähig zeigen. Diskussion und Kooperation halte er für

notwendig, damit der Prozess vernünftig gesteuert wird und gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden könnten. Aus diesem Grund werde sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem letzten Satz des Beschlussvorschlages nicht anschließen.

Herr Thiel (SPD) erinnert daran, dass sich damals der Regionalrat Düsseldorf auch Gedanken zu einem Leitbild im Rahmen des Strukturwandels gemacht habe, ebenfalls ohne vorherige Gespräche mit dem Regionalrat Köln. Dies habe in Köln damals genauso zu Aufregung geführt. Er sagt im Namen seiner Fraktion, dass der Beschluss wiederholt werden könne, hält den letzten Satz des Beschlusses allerdings für nicht zielführend. In der Stellungnahme der SPD habe man Wert daraufgelegt, bei den Prozessen, die sich mit diesen Themen befassen, möglichst früh beteiligt zu werden. Die gemeinsame Arbeitsgruppe wäre für den Austausch da und um eine gemeinsame Schnittmenge zu erzielen. Die Begründung sowie der letzte Satz des Beschlusses werden nicht von der SPD-Fraktion mitgetragen.

Herr Welter (CDU) sieht den Beschlussvorschlag inklusive des letzten Satzes als Antwort der CDU-, FDP- und FW-Fraktion auf das Verhalten des Kölner Regionalrates.

Herr Papen (CDU) erwidert auf Herrn Thiels Wortbeitrag, dass der Kölner Regionalrat damals gesagt habe, man könne die Probleme nur gemeinsam lösen. Allerdings müsse man dann auch gemeinsam an die Sache herangehen, was nicht passiert sei. Er empfindet die Lage als Konkurrenzsituation und hält die Bereitschaft des Kölner Regionalrates zur Gemeinschaftsarbeit für gering.

Herr Thiel (SPD) entgegnet, dass der Kölner Regionalrat seine Gründe haben werde, so zu agieren. Die ZRR ermögliche den Regionalräten zudem, selbst Projekte vorzuschlagen, was bislang noch nicht genutzt worden sei. Wenn es der CDU darum ginge, Einfluss zu nehmen, könne man als Düsseldorfer Regionalrat Projekte miteinbringen, wie beispielsweise das S-Bahn Konzept Revier.

Herr Brügge (CDU) hält diese Diskussion für wertvoll. Die CDU-Fraktion sehe es so, dass die ZRR und der Regionalrat Köln zwei nebeneinander laufende Prozesse zum selben Thema hätten. Zielführender sei es allerdings aus seiner Sicht, dies gemeinsam zu tun. Die ZRR solle mit dem Raumbild und den Mobilitätskonzepten Fachbeiträge erarbeiten, welche anschließend von den Regionalplanungsbehörden und Regionalräten in den Planverfahren berücksichtigt werden können. Der Regionalrat Köln verfolge den Ansatz, durch eine externe Vergabe eines

Planungsauftrags ein Leitbild für das Rheinischen Reviers zu entwerfen, dies halte die CDU-Fraktion für falsch.

Herr Wurm (SPD) schlägt vor, man könne sich ja dem Kölner Regionalrat anschließen und den alten Beschluss einfach aufheben, so wäre man wieder einheitlicher Auffassung. Er wirft ein, dass Herr Vossen in seinem Vortrag gesagt habe, er sei froh, wenn von außen noch Hinweise einfließen, die er aufnehmen könnte. Deshalb sei es kein Widerspruch, dass der Kölner Regionalrat an einem eigenen Leitbild arbeite. Als SPD wolle man den Beschluss aus der Sitzung im Dezember wiederholen, dem letzten Satz und der Begründung schließe man sich allerdings nicht an.

Herr Laakmann (FDP/FW) weist darauf hin, dass man aus dem Blickwinkel der Düsseldorfer Planungsregion seine Interessen artikulieren sollte. Er spricht sich dafür aus, dass man dem Antrag zustimmt. Der Antrag deute nochmal darauf hin, wo die Interessenlage in Düsseldorf läge und dies müsse auch dementsprechend formuliert werden.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass man Gleiches nicht mit Gleichem vergelten solle und deshalb lieber in einen Dialogprozess einsteigen sollte. Somit schließe sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der SPD-Fraktion an.

Herr Thiel (SPD) erläutert, man empfinde es in seiner Fraktion als Bereicherung, dass der Regionalrat Köln etwas Eigenes entwickelt und spricht sich dagegen aus, dies anzugreifen.

Herr Brügge (CDU) stellt fest, dass man hier unterschiedlicher Ansicht sei und diese gegensätzlichen Meinungen sich im letzten zur Diskussion stehenden Absatz ausdrückten.

Der Vorsitzende Herr Hildemann (SPD) lässt über den Beschluss in zwei Teilen abstimmen.

Der Planungsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Regionalrates:

### **1. Teil**

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Regionalplanungsbehörde zur Kenntnis und empfiehlt dem Regionalrat folgenden Entschluss:

Der Regionalrat Düsseldorf bekräftigt den in seiner 79. Sitzung am 12.12.2019 unter Tagesordnungspunkt 8 einstimmig gefassten Beschluss:

„Der Regionalrat bittet die Regionalplanungsbehörde, sich aktiv in die Arbeit insbesondere des Revierknotens Raum einzubringen, dem Planungsausschuss quartalsweise zu berichten und die Auffassungen in den Raumbildprozess der ZRR einzubringen (Gegenstromprinzip). Dabei betrachtet der Regionalrat das von der ZRR zu erstellende Raumbild als Fachbeitrag für die verbindliche Planung des Regionalrats. Von einer eigenen Masterplanerstellung kann vor dem Hintergrund dieser Verfahrensweise derzeit abgesehen werden.

Der Regionalrat Düsseldorf unterstützt das Vorhaben der ZRR, ein Raumbild zu erstellen. Um die Beratung in den Revierknoten zu optimieren, bitten wir die ZRR und die Landesregierung, arbeitsfähige Strukturen zu schaffen, wobei die Regionalratsfraktionen sowie die entsprechenden Fachausschüsse einzubinden sind.“

Der Planungsausschuss fasst mehrheitlich folgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Regionalrates:

## **2. Teil**

Der Regionalrat Düsseldorf hält eine danebenstehende Beauftragung der Erstellung eines Leitbildes für das Rheinische Revier bestehend aus einem Raumbild und einer regionalwirtschaftlichen Betrachtung für nicht zielführend.

### **b) Vortrag von Herrn Vossen (ZRR – Revierknoten Raum) zur Einbindung des RR**

*Die gezeigte PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.*

Herr Brügge (CDU) merkt an, wie komplex das Verfahren sei und dass der Strukturwandel vor allem in Mönchengladbach und dem Rhein-Kreis Neuss stattfände, da jetzt die Kraftwerke abgeschaltet würden. Jetzt ergäbe sich die Anforderung, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Herausforderung, dass die energieintensive Industrie weiterhin erfolgreich wirtschaften und arbeiten kann damit die Arbeitsplätze dementsprechend zur Verfügung stehen. Dazu käme die Aufgabe, ein langfristiges Bild und eine langfristige Strategie zu entwickeln. Dies sei eine komplexe Aufgabe, die aber zu bewältigen sei.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob zur Unterstützung auch ein digitales Modell entworfen werden könnte. So könne man sich leichter ein Bild von den Synergien machen.

Herr Papen (CDU) merkt an, dass die einzelnen Planungsbeteiligten nachher Schwierigkeiten hätten, sich miteinander zu verknüpfen. Er fragt, wie Herr Vossen den Vorschlag der Kölner bewerte, noch ein eigenes Leitbild zu entwickeln.

Herr Thiel (SPD) merkt an, dass es ihm nicht leichtgefallen sei, bei dem Vortrag zu erkennen, worauf dieser hinausläuft. Er fragt sich, was unter dem Raumbild zu verstehen ist. Er erläutert, dass es über 150 Jahre Tagebaugeschehen gäbe und dies die Landschaft verändert habe. Er möchte wissen, wie sich dieses Spannungsverhältnis im Raumbild niederschlägt. Er vermutet, dass in Zukunft ohnehin eine größere Zusammenarbeit der Akteure von Düsseldorf und Köln und anderen Großstädten stattfinden müsse.

Herr Vossen erwidert, dass ein zentraler Punkt die Kontextualisierung im größeren Zusammenhang sei. Ziel sei es, eine räumliche Vision, also ein abstraktes Bild und eine Vorstellung des zukünftigen Zustandes, abzubilden. Für bestimmte Teilbereiche solle eine konkrete Betrachtung erfolgen. Somit ergäben sich unterschiedliche Maßstabsebenen. Die von Herrn Thiel genannten Themen würden mitbedacht.

Bezüglich der Anfrage von Herrn Papen antwortet Herr Vossen, es bestehe der Luxus, dass viele Akteure in der Region aktiv seien und Zielvorstellungen erarbeiten würden. Hierbei sei der Regionalrat Köln ein ganz entscheidender Faktor und er freue sich, dass hier noch ein Bild erarbeitet werde. Er sähe keinen Konflikt darin, dass die Kölner dies planen. Ein Prozess benötige Zeit und eine Beteiligungsstruktur. Somit würden die produzierten Bilder für eine breit geführte Diskussion gerne aufgenommen.

Auf Frau Sickelmanns Beitrag erwidert Herr Vossen, dass ein digitales Raummodell geplant sei. Man wolle versuchen die Projekte, die bisher nebeneinander laufen, übereinander zu legen, um Synergieeffekte sowie eine zentrale Anlaufplattform für die Fachakteure und Bürger zu schaffen.

Herr Welter (CDU) kritisiert, dass man auf der Homepage der ZRR die Projekte nicht konkret öffnen könne. Die Namen, wie beispielsweise „Innovation Valley“, klingen spannend, allerdings frage er sich, was sich dahinter verbirgt. Er fände es wichtig, Planungs- und Zielkonzepte zusammenzuführen. Zudem merkt er an, dass das Tagebauende nun früher komme als ursprünglich angedacht. Einige Kommunen, wie beispielsweise Jüchen, hätten sich daher jahrelang keine Zukunftsgedanken gemacht und seien deshalb qualitativ noch nicht so weit entwickelt. Da müsse man seiner Auffassung nach das Augenmerk drauf richten, sodass auch in diesen Regionen etwas passiere. Andernfalls würden die Lasten in der Zukunft getragen.

Herr Weiß (Verwaltung) weist auf die ergänzende Tischvorlage mit der Extrakarte hin. Er gibt Herrn Welter in dem Punkt Recht, man könne sich unter den Begriffen nicht direkt etwas vorstellen. Die Karte müsse man zudem mit Vorsicht lesen, denn nicht alles würde sich räumlich schon verorten lassen. Mehr Informationen über die Projekte sollen vom MWIDE folgen, sodass in der nächsten Sitzung mehr dazu gesagt werden könne.

Zum Vortrag von Herrn Vossen meint Herr Weiss, dass man zügig in Phase 1, die konzeptionelle Phase, kommen müsse und erste handhabbare Ideen entwickeln sollte.

Herr Brandts (CDU) spricht sich auch für eine Digitalisierung aus und fragt, ob man zum besseren Verständnis den Vortrag in gedruckter Form erhalten könnte.

Herr Vossen antwortet, dass auch Akteuren, die aktuell noch nicht so gut aufgestellt sind ein Forum geboten werde, ihre Belange und Zielvorstellungen miteinzubringen.

Herr Thiel (SPD) merkt an, dass die Karte ein Raumbild sei, man sähe wo die Projekte lokalisiert sind, aber erkenne nicht, wieso das jeweilige Projekt in diesem Raum verortet ist. Er vertritt die Ansicht, dass das Raumbild auf einem Leitbild basieren müsse und nicht umgekehrt.

Herr Vossen antwortet, dass die Karte erstmal nur eine Verortung der Projektideen aus der Region sei, welche nachfolgend mit einem planerischem Zielsystem kontextuiert werden müssten.

Der Vortrag wird vom Planungsausschuss zur Kenntnis genommen.

### **c) Benennung von Ansprechpartnern der Regionalratsfraktionen für die von der ZRR eingeführte Steuerungsgruppe PLUS**

Herr Wurm (SPD) benennt für die SPD Herrn Thiel und als Vertreter Herrn Hildemann.

Herr Papen (CDU) benennt Herrn Papen und als Vertreter Herrn Nordmann.

Herr Laakmann (FDP/FW) benennt Herrn Schiffer und als Vertreter Herrn Laakmann.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um die Möglichkeit der Nachbenennung. Diese wird ihm gewährt.

#### **d) Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 der ZRR – Stellungnahme der Bezirksregierung**

Herr Hildemann (SPD) weist darauf hin, dass die Fraktionsgeschäftsführer eine gemeinsame Stellungnahme herbeiführen sollten.

Herr Papen (CDU) erläutert, dass sich in der Vorbesprechung die Idee entwickelt habe, eine gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen und der Verwaltung einzureichen. Somit könne ein einheitliches Bild für den Regionalrat erreicht werden, ggf. schon bis zur Regionalratssitzung am 25.06.2020.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass man nicht erwarten könne, dass alle von dem Antrag Kenntnis genommen hätten, da er so kurzfristig vor der Sitzung eingereicht wurde und mehrere Seiten umfasse. Er stelle sich eine gemeinsame Stellungnahme aller Fraktion schwierig vor, da es keine Basis hierfür gäbe.

Herr Thiel (SPD) spricht sich dafür aus, bewusst Stellungnahmen abzugeben, um zu zeigen, wie man sich positioniere. Seiner Meinung nach solle der Versuch einer gemeinsamen Stellungnahme zumindest angestrebt werden.

Herr Hildemann (SPD) regt die Fraktionsgeschäftsführer dazu an, einen gemeinsamen Konsens herzustellen und dies im Regionalrat zu besprechen.

Herr Papen (CDU) stellt fest, dass alle Fraktionen mit diesem Vorgehen einverstanden seien bis auf die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) erwidert, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht ausklinken wolle, aber die anderen Ansichten nicht geteilt würden.

Herr Brügge (CDU) hält eine gemeinsame Stellungnahme aller Fraktionen nicht für sinnvoll, wenn eine Fraktion sich von vornherein nicht einbringen wolle.

Herr Hildemann (SPD) fasst zusammen, dass alle Fraktionen herzlich dazu eingeladen seien, eine gemeinsame Stellungnahme herbeizuführen.

Der Planungsausschuss nimmt die Stellungnahme der Bezirksregierung zum Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 der ZRR zur Kenntnis.

**TOP 5: Regionales Gewerbe- und Industrieflächenkonzept für die Planungsregion Düsseldorf**  
hier: Kenntnisnahme

Es erfolgen keine Fragen zum Gewerbe- und Industrieflächenkonzept.

Frau Blinde (Verwaltung) antwortet auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.06.2020, dass die Themen im regionalen Gewerbe- und Industrieflächenkonzept unter Teil B, wo aktuelle Themen und Herausforderungen aufgeführt werden, aufgenommen werden könnten. Es könnten entsprechende Vorträge und Veranstaltungen für die Städte und Gemeinden stattfinden.

Herr Wurm (SPD) weist darauf hin, dass der Regionalrat nicht erneut beschließen müsse, wenn die Verwaltung dies zusichert.

Die Verwaltung sichert dies zu.

Herr Brügge (CDU) erläutert bezüglich des Antrags der CDU-, FDP- und FW-Fraktion vom 17.06.2020, dass dieser auf Basis der Vorberatungen in der Klausurtagung und mit Unterstützung der Verwaltung entstanden sei. Es ginge um die Seiten 129 und folgende, in denen beschrieben wird, wie sich das Rheinische Revier zu Gewerbe- und Industrieflächen verhalte. Der Antrag soll der Regionalplanungsbehörde einen Anstoß geben, bereits jetzt entsprechende Potentialräume für Gewerbe und Industrie zu identifizieren und somit einen wesentlichen Gelingensfaktor für einen erfolgreichen Strukturwandel herbeizuführen. Der Antrag erfolge auch vor dem Hintergrund, dass Kraftwerkstandorte nicht schon kurzfristig zur Verfügung stünden, wie man an Frimmersdorf sehen könne. Deshalb sei es aus Sicht der Fraktionen, die den Antrag gestellt haben, wichtig entsprechende Flächen im Rhein-Kreis Neuss sowie in Mönchengladbach zu identifizieren, weil faktisch der Strukturwandel hier schon stattfände.

Herr Krause (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei Herrn Brügge für die Begründung des Antrags. Herr Molitor habe ausgeführt, es ginge bei der Gewerbeflächenentwicklung um eine Bestandsorientierung und nicht um eine immer weitere Flächenausdehnung. Der Antrag der CDU-, FDP/FW-Fraktionen liest sich seiner Meinung nach so, dass die Fraktionen sich für zusätzliche Flächenausweisungen für Gewerbe aussprechen.

Dem Antrag könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen daher nicht zustimmen. Über Monitoringprozesse, die demnächst anstehen, solle man nochmal in neue Diskussion darüber gehen und sich auch Brachflächenkataster ansehen.

Herr Brügge (CDU) merkt an, dass Herr Dr. Molitor auch gesagt habe, dass sich das Agglomerationskonzept sehr intensiv mit dem Rheinischen Revier beschäftige und gerade die Flächen, die zukünftig zur Verfügung stünden, besondere Potentialräume darstellten. Herr Dr. Molitor habe insbesondere davon gesprochen, dass man sich Gedanken um ein zusätzliches zentrales GIB machen müsse. Dies sähe man auf Seite 135 des Konzeptes, hier seien die Räumlichkeiten aufgeführt. Durch den Antrag werde die Verwaltung gebeten, sich die Sondierungsbereiche und Vorschläge auf dieser Seite konkretisierend anzugucken und in einen Vorbereitungsprozess einzusteigen, sodass die für den Strukturwandel nötigen Flächen zukünftig zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Thiel (SPD) spricht sich im Namen seiner Fraktion für den Antrag der CDU-, FDP/FW-Fraktion aus.

Der Planungsausschuss nimmt das Regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzept zur Kenntnis.

Der Planungsausschuss fasst mehrheitlich folgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Regionalrates:

Der Regionalrat beauftragt die Bezirksplanungsbehörde über die im Regionalplan Düsseldorf verankerten Entwicklungspotentiale (Gewerbe und Industrieflächen) in den im Planungsraum Düsseldorf gelegenen Kommunen des Rheinischen Reviers hinaus kurzfristig weitere Standorte für die gewerbliche und industrielle Nutzung zu identifizieren und die regionalplanerische Absicherung herbeizuführen und dabei insbesondere die Sondierungsflächen im Regionalplan Düsseldorf und die auf Seite 135 des Regionales Gewerbe und Industrieflächenkonzept für die Planungsregion Düsseldorf dargestellten „Neuen Standorte/Projektideen“ zu betrachten und den Planungszeitraum auf 25 Jahre zu verlängern.

**TOP 6: 3. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Stadt Monheim (Darstellung eines GIB)**  
hier: Erarbeitungsbeschluss

Herr Papen(CDU) macht auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen aufmerksam. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, die Planung solle zunächst überprüft werden. Die Stadt

Monheim solle gebeten werden, ergänzende Angaben zum Erfordernis und Sachstand der Planung zu machen. Eine Konkretisierung sei erforderlich, zumal laut IHK kein Zwang für die Änderung bestünde.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) stimmt zu, dass der Punkt eine Sitzung verschoben werden sollte.

Der Planungsausschuss vertagt den Tagesordnungspunkt und die Anträge einstimmig auf die nächste Sitzung.

**TOP 7: 4. Änderung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Stadt Wuppertal (Umwandlung von GIB in ASB-GE und ASB)**  
hier: Erarbeitungsbeschluss

Es erfolgen keine Nachfragen.

Der Planungsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Regionalrates:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG) die Erarbeitung der 4. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Stadt Wuppertal (Umwandlung von GIB in ASB-GE und ASB) in der Fassung dieser Vorlage.
2. Die in der Anlage 4 aufgeführten Behörden und Stellen sind im Verfahren zu beteiligen (Verfahrensbeteiligte i.S.v. § 33 LPIG DVO). Weitere Behörden und Stellen können beteiligt werden, wenn sich dies im Laufe des Verfahrens als zweckmäßig erweist.
3. Der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen (einschließlich der Verfahrensbeteiligten) ist entsprechend § 9 Absatz 2 Raumordnungsgesetz (ROG) Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Hierzu werden die Unterlagen zur Regionalplanänderung bei der Stadt Wuppertal und der Bezirksregierung Düsseldorf für die Dauer von mindestens einem Monat ausgelegt und ergänzend elektronisch veröffentlicht. Ort und Dauer der Auslegung sowie die Internetadresse werden mindestens zwei Wochen vorher im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf bekannt gemacht (vgl. § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 13 Absatz 1 LPIG).

**TOP 8: 6. Änderung des Regionalplans (RPD) im Gebiet der Stadt Langenfeld (ASB-Z)**

hier: Erarbeitungsbeschluss

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Änderung vor Ort durchaus umstritten sei, auch wenn laut Vorlage das Vorhaben unproblematisch sei. Es würden nicht nur verkehrliche Problematiken erwartet, sondern durch die umfangreichen baulichen Maßnahmen verstärkte Auswirkungen auf die Umwelt gesehen, auch wenn das Umweltgutachten der Bezirksregierung anderer Auffassung sei. Man sei verwundert, dass nebenstehende Flächen im Jahre 2014 und vor einigen Jahren, als Gutachten zur Fledermauspopulation angefertigt wurden, durchaus als kritisch bewertet wurden. Es seien Planungen für Windräder mit Hinweis auf die Umweltauswirkungen und das Vorhandensein planungsrelevanter Arten abgelehnt worden. Insofern könne man die Beschlussvorlage der Bezirksregierung nicht nachvollziehen und würde im Abstimmung mit den örtlichen Akteuren dem Beschlussvorschlag nicht folgen.

Herr Brügge (CDU) spricht sich im Namen seiner Fraktion für den Beschlussvorschlag aus. Man komme bei der Bewertung zu ähnlichen Ergebnissen. Er weist darauf hin, dass im Rhein-Kreis Neuss seit 25 Jahren eine Skihalle auf einer ehemaligen Mülldeponie stünde, dies halte er für eine sehr sinnvolle Nutzung.

Herr Wurm (SPD) bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu Herrn Krauses Wortbeitrag. Zudem erkundigt er sich, ob in Anlage 5 auch die Umweltverbände eingeschlossen seien. Seine Fraktion würde den Beschluss mittragen.

Herr Huben (Verwaltung) führt aus, dass ihm Bürgerproteste in Bezug auf das Vorhaben nicht bekannt seien. Es sei ein Schreiben eines Bürgers bekannt, welches auf die Altlasten vor Ort Bezug nehme. Zum Thema Artenschutz antwortet Herr Huben, dass im Scoping sowohl der Kreis Mettmann als untere Naturschutzbehörde als auch die Naturschutzverbände beteiligt worden seien. Es seien Hinweise zum Feldhasen, aber nicht zu Fledermäusen oder der Avifauna gegeben worden. Entsprechend sähe auch die Datenlage vom LANUV aus. Wenn es weitere Hinweise gäbe, würden diese im Erarbeitungsverfahren berücksichtigt. In der Tat handele es sich um eine Altlast. Dies sei umfangreich im Steckbrief zum Umweltbericht behandelt worden. Nach dem Austausch mit Dezernat 52 sowie dem Kreis Mettmann sei diese Problematik im späteren Bauleitverfahren zu klären. Entsprechende Auflagen der Bodenschutzbehörde seien denkbar. Die von Herrn Krause angesprochene Verkehrsbelastung wurde von Monheim als Nachbarkommune thematisiert. Straßen NRW wurde beteiligt, es seien allerdings keine

Einwendungen gegen die Planung vorgebracht worden. Die IHK habe sogar die gute Verkehrsanbindung gelobt.

Der Planungsausschuss fasst mehrheitlich folgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Regionalrates:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) die Erarbeitung der 6. Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) im Gebiet der Stadt Langenfeld (Festlegung eines ASB-Z Erholungs-, Sport-, Freizeit-, und Tourismuseinrichtung in Langenfeld-Berghausen) in der Fassung dieser Vorlage.
2. Die in der Anlage 5 aufgeführten Beteiligten sind zur Mitwirkung an dem Verfahren aufzufordern. Weitere Behörden und Stellen können beteiligt werden, wenn es sich im Laufe des Verfahrens als notwendig erweist.
3. Der Öffentlichkeit und den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen ist entsprechend § 9 Abs. 2 Raumordnungsgesetz (ROG) Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Hierzu werden die Unterlagen zur Regionalplanänderung beim Kreis Mettmann und der Bezirksregierung Düsseldorf für die Dauer von mindestens einem Monat öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung sowie die Internetadresse werden mindestens zwei Wochen vorher im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf bekannt gemacht (vgl. § 9 ROG i.V.m. 13 Abs. 1 LPIG).

**TOP 9:        Aktueller Stand der Luftreinhaltung nach den Vergleichsverhandlungen beim Oberverwaltungsgericht NRW**

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass verschiedene Messorte aufgeführt würden, er aber vermute, dass dies nicht alle Messorte seien. Er fragt, welche Entwicklung in den Messstationen im Vergleich zu den vorherigen Jahren stattgefunden hat, unter anderem ob sich die Rücknahme des Verkehrs ausgewirkt hat. Es sei betont worden, dass bei den betreffenden Städten verstärkt in den entsprechenden Vereinbarungen auf Nachbesserung beim ÖPNV und der Ausrüstung von Bussen Wert gelegt worden sei. Er möchte wissen, welche Auflagen und Vereinbarungen diesbezüglich getroffen worden sind. Die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung habe darauf hingewiesen, dass die betreffenden Städte im Bereich ÖPNV sparen sollten. Er erkundigt sich, ob sich dies in eine andere Richtung entwickelt habe oder entsprechend abgestimmt worden sei. Er fragt zudem, ob die Vereinbarungen den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Stoffels (Verwaltung) weist darauf hin, dass die Messwerte nur die Messwerte mit Überschreitung beschrieben. Das Landesumweltamt und die Stadt Wuppertal hätten eine Reihe anderer Messstellen. Dies sei öffentlich für jeden auf den Homepages einsehbar. In allen Städten seien die Werte drastisch gesunken, nicht erst seit März, sondern schon im Januar und Februar. In Wuppertal, Düsseldorf, Oberhausen und Essen hänge dies mit dem guten Wetter und Maßnahmen im Luftreinhalteplan zusammen. Auch wenn der Luftreinhalteplan in Wuppertal noch nicht schriftlich fixiert sei, werde er aber schon umgesetzt und konnte so bereits Wirkung entfalten. Natürlich stehe die starke Verminderung des Verkehrs und der Ausbau des ÖPNVs auch mit der Verbesserung in Zusammenhang. In Wuppertal existieren zwei Messstellen, in 2019 waren es fünf. Insgesamt wären die Entwicklungen zwar erfreulich, allerdings noch nicht ausreichend. Wuppertal als finanzschwache Stadt konnte die Nachrüstung von Bussen durch Fördermittel des Landes und Bundes bewerkstelligen. Herr Stoffels sichert zu, die Vereinbarung zur Verfügung zu stellen.

Die Kenntnisnahme des Sachstandsberichts wird festgestellt.

**TOP 10: Bericht über den Stand der Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie: Aktualisierung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikoarten**

Die Kenntnisnahme des Sachstandsberichts wird festgestellt.

**TOP 11: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – Erarbeitung des 3. Maßnahmenprogramms**

hier: Berichterstattung

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Verwaltung das 3. Maßnahmenprogramm bis September der Landesregierung zustellen wird. Sie bittet bis dahin um Zwischenergebnisse. Zudem fragt sie, ob es eine Stellungnahme der Bezirksregierung zu der Thematik gäbe, die für Bürger und Kommunen sowie andere Akteure einsehbar sei. Weiterhin fragt sie, ob sich etwas an der Tatsache geändert hat, dass nur Baggerseen über 50 Hektar betrachtet werden. Sie führt aus, dass der Klimaschutz immer mehr Bedeutung gewonnen habe und auch andere Fraktionen die Notwendigkeit zum Schutze der Ressource Wasser sehen würden. Sie fragt außerdem, welche rechtliche Bedeutung die Bürgerbeteiligung, welche bis zum

22.06.2020 läuft, habe. Zudem spricht sie sich im Namen ihrer Fraktion dafür aus, dass bei der Überarbeitung des Maßnahmenprogramms und bei der Stellungnahme der Landesregierung Baggerseen unter 50 Hektar als relevant eingestuft werden und somit in die Qualitätsbetrachtung mit einfließen.

Herr Böttcher (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob die Möglichkeit bestünde, die Frist für die Bürgerbeteiligung zu verlängern. Als Gründe führt er an, dass die Bürgerbeteiligung abseits der öffentlichen Wahrnehmung stattgefunden habe und die Landesregierung vor vier Wochen eine Novellierung des Landeswassergesetzes vorgelegt habe. Die Bürger sähen hier ein gewisses Spannungsfeld zu den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie.

Herr Reinders (Verwaltung) erläutert, dass Baggerseen unter 50 Hektar in die Betrachtung des Zustands der Gewässer miteinfließen würden. Alle drei Jahre müsse die Bezirksregierung der EU über die Thematik berichten und da dies reine und umfangreiche Datenberichte seien, würden hier lediglich Seen, die mehr als 50 Hektar Oberfläche haben, einbezogen. Hierauf habe man sich deutschlandweit geeinigt. Die Bezirksregierung sowie die unteren Wasserbehörden würden sich jedoch auch mit Gewässern unter dieser Größe beschäftigen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Maßnahmenprogramm beginne am 01.01.2021 und liefere bis zum 30.06.2021. Als Vorläufer zum Maßnahmenprogramm gäbe es ein Papier zu den wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen, welches der Öffentlichkeit bereits zur Verfügung gestellt worden sei. Dieses Papier werde alle 6 Jahre fortgeschrieben. Hierin stehe, womit sich die Wasserbehörden beschäftigen, wie der Beteiligungsprozess der Fachbeteiligten und der Öffentlichkeit erfolgen soll und welche Hindernisse es in NRW gäbe, die politische Regelungen nach sich ziehen würden wie z.B. Änderungen von Gesetzen. Es handle sich um gesetzlich festgelegte Fristen, die nicht verlängert werden könnten. Er weist darauf hin, dass jeder Bürger die Möglichkeit hätte, sich ab dem 01.01.2021, wenn der Entwurf des Maßnahmenprogramms veröffentlicht wird, einzubringen. Zudem sollte eigentlich ein Informationsworkshop stattfinden, der wegen der Pandemiesituation abgesagt werden musste. Dieser Informationsworkshop soll im ersten Quartal 2021 nachgeholt werden. Die Bezirksregierung habe im Juli 2019 begonnen, die Ergebnisse auszuwerten. Anschließend habe man sich hinsichtlich der festgestellten Defizite mit den entsprechenden Maßnahmenträgern kurzgeschlossen und einen gemeinsamen Plan aufgestellt. Man stünde mit den Maßnahmenträgern in engem Kontakt. Ebenfalls sei sich mit den unteren Wasserbehörden abgestimmt worden, jedoch nicht mit den Naturschutz- und Fischereibehörden und Sportverbänden. Dies werde auch nicht mehr erfolgen können. Bis zum 31.07.2020 müssten die Daten in eine landesweite Datenbank eingetragen werden, welche anschließend von dem Ministerium ausgewertet würden. Ein Papier dazu gäbe es nicht, lediglich

eine große Datenbank. Falls die Bezirksregierungen die Thematik unterschiedlich gehandhabt haben sollten, sei es dann die Aufgabe des Ministeriums, die Daten vergleichbar zu machen und bis September den Datensatz in eine Datenbank einzugeben. Auf Basis dessen würde das LANUV die Ergebnisse anschließend in Papierform aufbereitet.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, welche rechtliche Bedeutung das Verfahren mit Fristablauf 22.06.2020 habe.

Herr Reinders (Verwaltung) antwortet, dass das Verfahren den Sachstand der Wasserbehörden und des Ministeriums darstelle, welche Probleme in den letzten 10 - 15 Jahren aufgetreten sind und mit was man sich im neuen Bewirtschaftungsplan neu beschäftigen müsse. Aktuell wäre beispielsweise die Problematik des Klimawandels dazu gekommen. Insoweit habe das Papier keine rechtliche Bedeutung, es diene der Transparenz von Entscheidungen und ermögliche frühzeitige Stellungnahmen.

Die Kenntnisnahme des Sachstandsberichtes wird festgestellt.

## **TOP 12: Informationen der Verwaltung**

*Der Sprechzettel „Sachstandsbericht PV-Freiflächenanlagen“ ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.*

Herr van Gemmeren (Verwaltung) erklärt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen außerhalb der Frist eingegangen sei, er aber trotzdem etwas zu dem Schreiben des Vereins Eyler See e.V. sagen möchte. Er führt aus, dass sich seit vielen Monaten mit dem Thema beschäftigt werde und dieses auch Gegenstand der 1. Änderung gewesen sei. Der Verein votiert dafür, die als Sondergebiete ausgewiesenen Flächen, als Wohngebiete darzustellen. Dies sei unter Berücksichtigung der planungsrechtlichen Vorgaben nicht möglich. Das sei in der 1. Änderung des RPD bereits umfangreich dargestellt worden. Man sähe, auf wie vielen Ebenen der Sachverhalt schon geprüft worden sei, man könne dem aber im Endeffekt nicht zustimmen. Herr van Gemmeren bittet die Fraktionen zu beraten, wie hiermit umgegangen werden soll.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) wünscht sich, dass in der nächsten Planungsausschusssitzung die Thematik als eigener Tagesordnungspunkt behandelt wird und bemängelt den Umgang mit den Bürgern, da das Dauerwohnen seit 30 Jahren geduldet werde.

Herr van Gemmeren (Verwaltung) erwidert, dass es nicht darum ginge, dass das Dauerwohnen nicht mehr geduldet wird, sondern dass bauplanungsrechtlich geklärt werden solle, dass dort ein Wohnstatus ermöglicht wird. Dies gestalte sich wesentlich schwieriger.

Herr Brügge (CDU) weist darauf hin, dass die CDU und die FDP/FW-Fraktion sowie vermutlich auch die SPD-Fraktion sich intensiv mit den Belangen der Menschen am Eyller See und ähnlicher Problemlagen beschäftigt hätten. Er weist darauf hin, dass der Regionalrat sich an die Rechtsordnung halten müsse und dass die Lösung richtig und gut sei. Der Zustand werde weiter geduldet, so wie auch Minister Pinkwart sagte, allerdings gäbe es keine Legalisierung, da dies zu einem komplett anderen Planungskonzept führe, vor allem in Bezug auf regionale Grünzüge.

Herr Laakmann (FDP/FW) bittet die Verwaltung, im nächsten Planungsausschuss auszuführen, welche rechtlichen Rahmenbedingungen insgesamt mit den Siedlungen im Außenbereich verknüpft sind. Er schlägt vor, dass die Bezirksregierung die Stellungnahmen auf Landesebene zusammenträgt, da die Lösungen in ganz NRW und nicht nur im Regierungsbezirk Düsseldorf gelten sollen.

Herr Hildemann (SPD) weist darauf hin, dass unter dem Tagesordnungspunkt „Information der Verwaltung“ keine Diskussion stattfinden solle und man dies in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses besprechen könne.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/Die Grünen) bemängelt noch einmal, dass für die Bürger keine nachvollziehbare und transparente Diskussion stattgefunden habe.

Herr Hildemann (SPD) verweist auf den nächsten Planungsausschuss und macht die Mitglieder des Vereins Eyller See darauf aufmerksam, dass nach der Sitzung des Planungsausschusses ein Gespräch mit Vertretern der Fraktionen möglich sei.

### **TOP 13:      Verschiedenes**

Frau Sickelmann bittet darum, in die nächste Sitzung einen Tagesordnungspunkt zum Thema Novelle des Landeswassergesetzes aufzunehmen.

Der Vorsitzende, Herr Hildemann (SPD), beendet die Sitzung um 13:00 Uhr.

*Die Sprachaufzeichnung finden Sie auf der Internetseite der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv der 78. Planungsausschusssitzung:*

*[http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv\\_2020/doc/78PA\\_Tagesordnung/index.html](http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2020/doc/78PA_Tagesordnung/index.html)*

**gez. Hildemann**  
(Vorsitzender des  
Planungsausschusses)

**gez. Papen**  
(Stellv. Vorsitzender  
des Planungsausschusses)

**gez. Stiller**  
(Schriftführerin – Geschäftsstelle  
des Regionalrates)

**Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf**  
**Anwesenheitsliste - Planungsausschusssitzung am 18.06.2020**

**Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger und Fraktionsgeschäftsführer:**

<b>CDU-Fraktion</b>	
<b>Name</b>	<b>anwesend</b>
Amfaldern, Nanette	√
Brandts, Reiner	√
Brügge, Dirk (GF)	√
Dr. Fils, Alexander	
Gluch, Waldemar	
Humpert, Karl Heinz	
Läckes, Manfred	√
Mertins, Patric	
Müller, Michael	√
Nordmann, Johannes	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Post, Norbert	
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	√
Dr. Siepmann, Udo	
Vielhaus, Ewald	
Welter, Thomas	

<b>SPD-Fraktion</b>	
<b>Name</b>	<b>anwesend</b>
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	
Eicker, Sigrid	
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf (GF)	√
Reese, Klaus Jürgen	
Reuter, Klaus	
Rohde, Roland	
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	
Welp, Axel C.	
Wurm, Günter	

<b>FDP/FW-Fraktion</b>	
<b>Name</b>	<b>anwesend</b>
Gerhard, Frank	
Gulan, Boris	
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Laakmann, Otto	√
Müller, Ulrich G.	
Schiffer, Hans Lothar	
Suika, Jörn (GF)	

<b>Bündnis 90/ Die Grünen</b>	
<b>Name</b>	<b>anwesend</b>
Arndt, Ingeborg	
Böttcher, Manfred	√
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	
Sickelmann, Ute	√
Soll, Stephan	
Tietz, Uwe (GF)	

<b>Linkspartei</b>
--------------------

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

### **Beratende Mitglieder**

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	
Düsseldorf	OB/Vertr.	√
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	√
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	√

### **Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:**

Frau Regierungspräsidentin Radermacher	Abteilung 1
Frau leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Frau Regierungsrätin Knappert	Dezernat 32
Frau Regierungsbaudirektorin Blinde	Dezernat 32
Herr Oberregierungsbaurat Weiß	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor van Gemmeren	Dezernat 32
Frau Regierungsinspektorin Stiller	Dezernat 32
Frau Regierungsbeschäftigte Bilgin	Dezernat 32
Herr Regierungsvermessungsdirektor Stoffels	Dezernat 33
Herr Regierungsbaudirektor Reinders	Dezernat 54